

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Sonnabend.

Stichtagsfähiger Abonnementspreis 0,75 M.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 12 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Vereins-Vorstände)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:

Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf.  
Verbandsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 95/96.

Berlin, Sonnabend, 1. Dezember 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang

## Inhalts-Verzeichnis.

Die Neuorientierung in Preußen. — Die Aufstellung des Großgrundbesitzes in England. — Kleinhandel und Konsumvereine. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands- — Anzeigen-Teil.

### Die Neuorientierung in Preußen.

Die vom König von Preußen in zwei Erlassen angekündigte Wahlreform ist nun endlich in die Wege geleitet worden. Ein Gesetzentwurf betreffend die Wahlen zum Hause der Abgeordneten ist zugleich mit zwei anderen Vorlagen, von denen die eine die Zusammenziehung des Herrenhauses, die andere eine Regelung verfassungsrechtlicher Bestimmungen betrifft, veröffentlicht worden. Die preussische Regierung hat sich also nicht lediglich auf die Reform des Wahlrechts beschränkt, sondern will gleichzeitig auch noch andere einschneidende Änderungen treffen. Dabei sind die drei Vorlagen von einander vollständig unabhängig.

Was zunächst die eigentliche Wahlrechtsvorlage anbetrifft, so sei gleich von vornherein mit Genugtuung festgestellt, daß darin mit dem Dreiklassen-Wahlrecht vollständig gebrochen wird. Auch auf ein sogenanntes Pluralwahlrecht hat die preussische Regierung erfreulicherweise verzichtet; sie schlägt Klipp und klar das Reichstagswahlrecht vor. Die Wahlen in Preußen sollen also nach der Vorlage künftig gleich, geheim, direkt und allgemein sein. Das ist das Wichtigste an der Vorlage, die deshalb von allen freisinnlich denkenden Männern freudig begrüßt wird. Denn damit ist der Bruch vollzogen mit den veralteten Anschauungen, gegen die über 50 Jahre bisher vergeblich angekämpft worden ist. Wenigstens deutet darauf die Begründung hin, die der Vorlage beigegeben ist, auf die wir hier aber im einzelnen nicht eingehen können.

Leider aber ist der Gesetzentwurf der preussischen Regierung auch nicht frei von mancherlei Schönheitsfehlern. Ohne ausreichenden Grund ist die Grenze für die Ausübung des aktiven Wahlrechts vom 24. auf das 25. Lebensjahr hinaufgesetzt worden. Vielleicht hat man sich dazu entschlossen, weil diese Grenze auch für das Reichstagswahlrecht besteht. Das passive Wahlrecht wird mit 30 Jahren erworben. Ein weiterer Mangel der Vorlage ist die Bestimmung, daß der Wahlberechtigung eine dreijährige Staatsangehörigkeit vorangehen muß, während bisher das Wahlrecht sofort beim Erwerb der Staatsangehörigkeit erworben war. Darin darf man mit Recht eine Durchlöcherung des Grundbaues des allgemeinen Wahlrechts erblicken. Ferner sehen wir einen schweren Nachteil darin, daß die Voraussetzung für die aktive Wahlberechtigung geknüpft ist an einen einjährigen Aufenthalt in der Wohnortgemeinde; bisher genügte ein halbjähriger Aufenthalt. Durch eine solche Bestimmung werden am allerträchtigsten die Kriegsteilnehmer betroffen werden, die ohne Zweifel zu einem großen Teil nicht in ihren Heimatort zurückkehren werden und dann erst nach einem Jahr Aufenthalt die Wahlberechtigung gewinnen können. Alles dies sind Fehler, die den Wert der Vorlage erheblich zu beeinträchtigen geeignet sind, und von denen man wünschen muß, daß sie bei der Beratung im Landtag unbedingt ausgeglichen werden.

Wenn wir von einer Durchlöcherung des Grundbaues des allgemeinen Wahlrechts sprachen, so kann man auch eine Durchlöcherung des gleichen Wahlrechts darin sehen, daß sich die Regierung

nicht zu einer neuen Einteilung der Wahlkreise hat entschließen können. Die Vorlage sieht nur vor, daß wenn die Zahl der auf eine Abgeordnetenstelle eines Wahlbezirks entfallenden Einwohner nach der letzten allgemeinen Volkszählung mehr als 250 000 beträgt, bei der nächsten allgemeinen Wahl für jede weiteren angefangenen 250 000 Einwohner je ein neuer Abgeordneter hinzutritt. Durch diese Bestimmung wird schon für die nächste Wahl die Zahl der Abgeordneten um 12 erhöht.

Erwähnung verdienen noch die Bestimmungen über den Verlust des Wahlrechts bei Inanspruchnahme von Armenrecht. Davon wird gesagt, daß als Armenunterstützung im Sinne dieses Gesetzes nicht gelten die dem Wähler oder einem seiner Angehörigen gewährte Hilfe oder Unterstützung in Krankheitsfällen, oder die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege. Diese Bestimmungen gelten im Reich schon seit dem Jahre 1909. Die Versuche, sie auch für Preußen in Geltung zu setzen, sind bisher am Widerstande der Regierung gescheitert. Erfreulicherweise ist dieser Widerstand nunmehr ausgegeben.

Sobiel für heute über die Wahlrechtsvorlage, über die ja noch so manches Wort gesprochen werden wird. Weit weniger Befriedigung wird der zweite Gesetzentwurf, der die Reform des Herrenhauses anstrebt, hervorrufen. Von einer Vereinfachung dieser ersten Kammer ist nicht die Rede. Das Herrenhaus soll nur umgestaltet werden, und zwar in einer Form, die in den breiten Schichten des preussischen Volkes sicherlich nicht auf Verständnis stößt. Nach wie vor werden Mitglieder des Herrenhauses sein die Bringen des königlichen Hauses auf Lebenszeit. Ein anderer Teil der Mitglieder wird berufen, und zwar für die Dauer der Amtszeit. Bestimmte Berufsstände haben weiter das Recht, ihre Vertrauensmänner zu präsentieren, die dann vom Könige in das Herrenhaus berufen werden. Den Löwenanteil dabei bekommt der Großgrundbesitz. Berücksichtigt werden ferner die größeren Städte durch ihre Bürgermeister, Handel und Industrie durch die Leiter großer Unternehmungen, die händliche und ländliche Selbstverwaltung, das Handwerk, die Hochschulen, die evangelische und katholische Kirche. Ohne Präsentation können ferner auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen werden Personen, die das besondere königliche Vertrauen genießen. Ihre Zahl darf 150 nicht übersteigen. Von einer Vertretung der Arbeiter ist in der Vorlage nicht die Rede. Ob man von einer solchen absehen hat, weil es eine besondere öffentlich-rechtliche Interessenvertretung der Arbeiter, wie Arbeits- oder Arbeiterkammern nicht gibt, kann dahingestellt bleiben. Zur Charakteristik der Reform des Herrenhauses genügt die Feststellung der Tatsache, daß unter 510 Mitgliedern, die für das Herrenhaus vorgezogen sind, sich auch nicht ein einziger Arbeitervertreter befinden soll, er müßte denn vom Könige direkt berufen werden. Bei diesem Gesetzentwurf wird es einer besonders gründlichen Arbeit bedürfen, wenn ein auch nur einigermaßen befriedigendes Resultat erzielt werden soll. Daß dies möglich sein kann, erscheint uns so auf wie ausgeschlossen.

Die im dritten Gesetzentwurf vorgegebene Neuerung besteht in Folgendem: Bisher konnte das Herrenhaus den Staatshaushaltsplan nur im ganzen annehmen oder ablehnen. Das soll jetzt insofern geändert werden, als das Herrenhaus auch einzelne Posten des Etats streichen oder herabsetzen kann. Tritt das Herrenhaus einem Beschluß des Abgeordnetenhauses nicht bei, so muß

ein Verständigungsausschuß gebildet werden, nach dessen Beratung das Abgeordnetenhaus endgültig beschließt.

In kurzer Zeit wird nun der Kampf um diese Neuordnung in Preußen beginnen; denn ohne Kampf wird sie nicht durchgeführt werden. Auf der einen Seite die Linke des preussischen Abgeordnetenhauses bis zum Zentrum und mit ihr die Regierung, auf der andern Seite die Monarchisten und sicherlich auch die Freikonservativen. Diese beiden Parteien werden nicht freiwillig auf die Vorrechte verzichten, die ihnen durch das bisherige preussische Wahlrecht eingeräumt waren. Sie haben auch gar keinen Zweifel daran gelassen, daß sie sich der Neuordnung mit aller Entschiedenheit entgegenstellen werden. Daß ihr König durch ein Verprechen dem Volke gegenüber gebunden ist, das kümmert diese Herren wenig. Sie werden zweifellos alles aufsuchen und alle Mittel anwenden, die ihnen geeignet erscheinen, die verhasste Wahlrechtsreform zu verhindern. Deshalb erscheint es uns unbedingt notwendig, daß alle wahrhaft reformfreundlichen Parteien sich fest zusammen schließen und unter Zurückstellung weitergehender Wünsche zunächst ihr Ziel darauf richten, daß wenigstens das Reichstagswahlrecht dem preussischen Volke gewonnen wird. Ist erst einmal das Dreiklassenwahlrecht zusammengebrochen und eine andere Zusammenziehung des preussischen Landtages erreicht, dann kann auf dieser neuen Grundlage weiter am Ausbau gearbeitet werden. Also fort mit allen parteipolitischen Sonderinteressen! Nebst all es die Grundlage zu schaffen für moderne Verhältnisse in Preußen. Die Wahlrechtsvorlage bietet dazu das Material. Deshalb kommt es zunächst darauf an, sie unter Taß und Naß zu bringen und den harten Widerstand zu brechen, der ihr von seiten der preussischen Kammer entgegengebricht wird.

### Die Aufstellung des Großgrundbesitzes in England.

Zu den Punkten, die die neue revolutionäre Regierung in England durchführen will, gehört auch die Uebergabe des Bodens der Großgrundbesitzer an die Bauern. Damit hat diese Regierung ein Programm aufgestellt, das wie kein anderes die Zustimmung der bäuerlichen Bevölkerung finden wird; denn der Schrei nach mehr Land ist schon immer in ihr erhoben worden. So groß die Anhänglichkeit der Bauern an den Jar-Befreier war, als dieser im Jahre 1861 die Leibeigenschaft aufgehob, so wenig waren aber damals schon die Bauern mit dem Umfang der ihnen zugewiesenen Bodenflächen zufrieden. Konnten die Großgrundbesitzer die Einführung des bäuerlichen Emanzipationsgesetzes nicht verhindern, so wußten sie es doch wenigstens durchzusetzen, daß den aus der Leibeigenschaft Entlassenen nicht übermäßig viel Land zugewiesen wurde. Denn daran, daß die kleinen Grundbesitzer nicht so viel Land erhielten, daß sie von dessen Ertrag vollständig leben konnten, hing die fernere Existenz der großen Grundbesitzer ab. Nur wenn die bisherigen Leibeigenen gezwungen waren, auch fernerhin ihre Söhne und Töchter auf die großen Höfe zu schicken und zeitweise selbst dort zu arbeiten, hatten die Großgrundbesitzer Aussicht, ihren Boden in der bisherigen Weise weiter bebauen zu können, wogegen ein ganz unabhängiges Bauerntum eine bedeutende Entwertung des nicht bäuerlichen Bodeneigentums hätte zur Folge haben müßten.

Im Durchschnitt entfiel nach Aufhebung der Leibeigenschaft auf einen Bauer ein Landbesitz von 4% Dessjatinen (etwa 5 Hektar). Bei der schlechten Bodenbestellung in Rußland und bei den sonstigen Zurückgebliebenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse konnte diese Bodenfläche schon damals als nicht ausreichend angesehen werden. So begann unter den Bauern eine lebhaftere Agitation auf Zuteilung größerer Landflächen, die seitdem nie wieder aus der öffentlichen Diskussion verschwunden ist. In den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts schien es, als ob diese Forderung an Bedeutung verlieren müsse; sie erhob sich aber dann im vorigen Jahrzehnt bis in die neueste Zeit hinein zu einer besonderen Stärke. In diesen beiden Jahrzehnten war nämlich Sibirien für die Auswanderung in großem Umfang erschlossen worden. In einzelnen Jahren wenderten dort hin 200.000 Personen aus, zum weitaus größten Teile aus der bäuerlichen Bevölkerung. Insgesamt sind in den achtziger und neunziger Jahren wohl mindestens 1 1/2 Millionen Personen nach Sibirien ausgewandert. Diese Auswanderer suchten sich dort den besten und den am günstigsten gelegenen Boden aus und schufen sich auf einem großen Prozentsatz eine recht behagliche bäuerliche Existenz. Nach und nach wurde jedoch der ertragreiche und günstig gelegene Boden besetzt, und was übrig blieb, das waren Bodenflächen, die den Zuwanderern recht wenig Aussicht boten, sich eine einigermaßen gesicherte Existenz zu schaffen. Noch blieb die Auswanderung nach Sibirien ziemlich stark, aber ein großer Teil der dort hin Abgewanderten kehrte wieder zurück, und diese Rückwanderung wurde von Jahr zu Jahr stärker. Die Enttäuschten verbreiteten überall, wie wenig vorteilhaft die äußeren Umstände für Neulinge in Sibirien seien. So wurde die Auswanderung dort hin wieder viel schwächer, und in der bäuerlichen Bevölkerung begann die Agitation auf Zuteilung größerer Landflächen von neuem größere Formen anzunehmen.

Seit der Aufhebung der Leibeigenschaft hat sich zwar die Fläche des Bauernlandes nicht unwesentlich vergrößert, aber noch viel stärker ist die Zahl der Bevölkerung gestiegen. Einer bäuerlichen Bevölkerung von ungefähr 50 Millionen im Jahre 1861 steht jetzt eine solche von ungefähr 90 Millionen gegenüber. Das ist eine Vermehrung der Bevölkerung um 80 Prozent. Entsprechend dieser starken Zunahme der Bevölkerung ist die Größe der Bodenfläche für den Kopf der Bevölkerung stark zurückgegangen. Im Durchschnitt steht dem Einzelnen aus der russischen Bauernbevölkerung nur noch etwas über die Hälfte der Bodenfläche zu wie im Jahre 1861. Die Folge ist ein landloses Bauernproletariat, das unter den traurigsten Verhältnissen dahinkleben muß. Der fortwährende Hunger nach Land hat aber auch zu einer großen Ausbeutung und Ueberverteilung der Bauern geführt. Große Grundbesitzer erkannten es für vorteilhaft, einen Teil ihres Bodens nicht selbst zu bestellen, sondern ihn an kleine Grundbesitzer zu verpachten, und deren fortwährende Nachfrage nach solchem Land, brachte es mit sich, daß die Pächten auf eine Höhe gesteigert wurden, die den Pächtern wohl vermehrte Arbeiten und vermehrte Sorgen schufen, wodurch aber keine Verbesserung ihrer materiellen Lage herbeigeführt werden konnte.

Wenn jetzt eine Verteilung der großen Güterkomplexe herbeigeführt werden soll, so würden die privaten Großgrundbesitzer und höchstens noch die Kirche die Kosten dieses Umsturzes zu tragen haben. Zwar besitzt der russische Staat auch ganz riesige Landbesitzungen, diese liegen aber meist in den nördlichsten Provinzen, wo der Ackerbau nicht mehr möglich ist, oder es sind gewaltige Forsten. Weiter können noch die Ländereien der abgeleiteten Zarenfamilie in Betracht kommen. Die Aufteilung des großen Grundbesitzes in Rußland würde den größten Eingriff bedeuten, den jemals eine staatliche Gewalt in das Privateigentum unternommen hat. Es ist ohne weiteres verständlich, daß sich die Großgrundbesitzer mit ihrem Abgang dagegen bis zum Äußersten wehren würden und daß die Durchführung der Bodenverteilung oder nur der Beginn einer solchen Maßregel eine Gegenrevolution zur Folge hätte.

### Kleinhandel und Konsumvereine.

Die Kleinhandelszeitungen sind eifrig bemüht, die Schlappe, die ihre Schüllinge, die Kleinhändler, beim Ausbruch des Krieges erlitten haben, wieder auszuweichen. Dabei kommt es ihnen erst darauf an, den wahren Tatbestand zu verdunkeln und gleichzeitig gegen die Konsumvereine zu gehen. Die Tatsache, daß die Konsumvereine zu Beginn und im weiteren Verlaufe des Krieges

einzig und allein von allen wirtschaftlichen Organisationen unerschüttert dagestanden haben, löst sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen. Als alles um sie her insanken geriet, setzten sie ihre Arbeit ruhig fort; als sich auf dem Lebensmittelmarkt eine wüste Preistreiberei entwickelte, behielten sie ihre normalen Preise bei und traten dadurch dem Wucher tatkräftig entgegen, zum Vergleiche der Händler, denen sie „das Geschäft verdarben“.

Durch ihre ruhige Haltung und ihr vollenfreundliches Benehmen gewannen sie die Anerkennung und Achtung aller einsichtigen Leute, und auch die Behörden hielten mit ihrem Lobe nicht zurück. Leider haben sich zahlreiche Behörden, besonders die unteren, durch eine falsche Mittelfreundlichkeit abhalten lassen, ihrer Anerkennung auch durch die Tat Ausdruck zu geben. Vielfach ist es bei schönen Worten geblieben, denn in Wirklichkeit werden die Konsumvereine durch die meisten Behörden in ihrer segensreichen Wirksamkeit nicht unterstützt, sondern gehemmt und ausgeschaltet. Trotzdem schreiben die Händler ununterbrochen über die Bevorzugung der Konsumvereine durch die Behörden, die bestrebt seien, den freien Handel an die Wand zu drücken und die genossenschaftliche Warenverteilung in jeder Weise zu fördern.

„Diese Wandlung“, so heißt es in der Händlerpresse, „hat sich vollzogen nicht etwa aus dem Grunde, weil man der Beweis dafür erbracht war, daß die Zeit des freien Handels vorüber war; o nein, dieser Beweis konnte einfach nicht geführt werden und wird niemals geführt werden können. Die Konsumvereine konnten auf Kosten des freien Handels sich ausbreiten, und neben ihnen konnte der Staats- und der Konsumgenossenschaftsstand den Handel zu erziehen versuchen, weshalb deshalb, weil man den freien Handel in der unerwünschten Weise verdrängt hatte. Es handelte sich hier also nicht um den Verlaufe eines gefunden volkswirtschaftlichen Prozesses, sondern um eine ganz brutale Verdrängung des freien Handels. Mit unzulässigem Geschick wurde gleich zu Beginn das althergebrachte Geschäft in die Welt hinausgeschrien, der Handel treibe Wucher, er halte die Waren zu hoch und juche aus dem Angesichte des Vaterlandes Kapital zu schlagen. Genau so gut, wie die Angehörigen des Einzelhandels es mußten, war man auch in dem uns feindlichen Lager natürlich genau darüber orientiert, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit lagen, daß man den freien Handel in der abscheulichen Weise verdrängte. Aber was half es! Es war eben jedes Mittel recht, um die Konsumvereine zu Ehren zu bringen und so der Verwirklichung des Traumes näherzukommen, daß der kaufmännische Mittelstand erledigt sei.“

Die Kleinhandelpresse verlangt eine Ehrenrettung des geschmähten und verdrängten Handels, dem man schwer Unrecht getan habe, als man ihn des Wuchers beschuldigte. Und dabei sind die Zeitungen angefüllt mit Klagen über den Preiswucher und mit Berichten über die Verurteilung von Groß- und Kleinhändlern, die in der unerschämtesten Weise die Lebensmittelknappheit ausnutzen. Davon erzählt die Händlerpresse natürlich nichts, sie wiederholt immer wieder die unwahre Behauptung, daß die Feinde des Kleinhandels eifrig darauf aus seien, den freien Handel zu verdrängen, um für die Konsumvereine freie Bahn zu schaffen. Ihr Ziel sei die Vernichtung des selbstständigen Mittelstandes, dieier „Stüle des Staates“, dieses „Mückarats unseres Gesellschaftskörpers“. Die Regierung, die sich den Konsumvereinen in die Arme geworfen habe, habe am Mittelstand, an dem sie viel gekündigt habe, auch viel wieder gutzumachen. Sie habe den Mittelstand bitter nötig, denn dieser bringe die meisten Steuern auf, er sei die milchgebende Kuh des Staates. Besonders in der Ueberanageswirtschaft nach dem Kriege müsse alles daran gesetzt werden, um den Kleinhandel wieder zur Geltung zu bringen und ihn in jeder Weise zu kräftigen.

Man muß abwarten, wie sich diese Unterstützung des Kleinhandels vollziehen wird. Die Konsumvereine haben der Entwicklung ruhig entgegen, weil sie keine Veranlassung haben, die Konkurrenz des Kleinhandels irgendwie zu scheuen.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 30. November 1917.

Der Wechsel in der Leitung des Reichswirtschaftsamt hat in der Öffentlichkeit bei weitem nicht die lebhafteste Erörterung gefunden, die man sonst bei derartigen Anlässen beobachten konnte. Die Einbringung der preußischen Wahlrechtsvorlage ist sicherlich mit daran schuld. Für die Arbeiterchaft ist die Angelegenheit jedoch so wichtig, daß wir noch mit einigen Worten darauf zurückkommen möchten. Der neue Staatssekretär Frhr. v. Stein, der zuletzt den Posten eines Unter-

staatssekretärs für Elb-Lothringen bekleidete, war schon früher im Reichsamt des Innern tätig. Er soll sich dabei auf Bewährtes haben, wie er denn überhaupt als eine ganz tüchtige Kraft bewertet wird. In der Öffentlichkeit hat man allerdings über sein sozialpolitisches Wirken noch nichts Nennenswertes gehört. Er ist ein unbedarbenes Blatt. Ein endgültiges Urteil über ihn zu fällen, wäre also vorzeitig. Man wird erst seine Taten abwarten müssen. An Gelegenheit zur Betätigung wird es dem neuen Mann nicht fehlen, und die Zeit, in der man danach seine Haltung einschätzen kann, ist nicht allzu fern. Die Reichsleitung hat sich den Mehrheitsparteien gegenüber auf bestimmte sozialpolitische Reformen festgelegt. An dieses Programm ist auch Staatssekretär Fr. v. Stein gebunden. Zucht hätte er in die neue Regierung nicht eintreten dürfen. Die Frage der Arbeitskammern wird schon in nächster Zeit die entscheidenden Körperlichkeiten beschäftigen. Die Initiative dazu wird von verschiedenen Seiten ergriffen werden. Auch die Frage der Vereinfachung des § 153 der Gewerbeordnung ist längst spruchreif. Eine halbamtliche Mitteilung ließ auch unabweisbar erkennen, daß die Reichsregierung der Durchführung dieser wichtigen sozialpolitischen Maßnahmen durchaus freundlich gegenübersteht. Frhr. v. Stein wird also sehr bald Gelegenheit haben zu zeigen, was Geistes Kind er ist. Wir haben zunächst keinen Anlaß zu zweifeln, daß er den Weg des sozialen Fortschritts zu beschreiten gewillt ist. Die Hauptinhalte ist, daß er auch die Kraft aufzufinden versteht, alle die Schwierigkeiten und Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die neuerdings von verschiedenen Seiten der Förderung der sozialen Reformen entgegengekehrt werden.

Die Lage der Tabakarbeiter bildete den Gegenstand von Beratungen einer Konferenz, die, von den drei deutschen Tabakarbeiterorganisationen gemeinsam einberufen, am 16. November in Frankfurt a. Main stattfand. Zunächst wurde die steigende Teuerung und die Lage der Tabakarbeiter besprochen. Der Referent wies darauf hin, daß die Tabakarbeiter von jeher besonders ungünstig gestellt gewesen seien. Wenn auch die letzten allgemeinen Lohnerhöhungen eine gewisse Besserung gebracht haben, so seien doch die Teuerungsverhältnisse namentlich im letzten halben Jahr derartig, daß mit den jetzigen Löhnen nicht weiter auszukommen und eine weitere Erhöhung unbedingt erforderlich sei. Durch die besprochenen Umstände in der Tabakindustrie verdiene ein Teil der Tabakarbeiter noch nicht einmal denselben Lohn wie vor dem Kriege. Deshalb seien die Arbeiter und Arbeiterinnen in die Organisationen mit dem Bunde heranzutreten, für die weitere Gewährung von Zulagen tätig zu sein. Wie die Verhältnisse liegen, müsse diesem Bunde Rechnung getragen werden. Die Aussprache ergab völlige Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten. Das Ergebnis der Diskussion wurde zusammengefaßt in den Forderungen, daß die während des Krieges gewährten Zulagen auf mindestens 60 Prozent erhöht werden müßten und daß die bewilligten Teuerungszulagen nach dem Kriege allgemein in feste Lohnzulagen umzuwandeln sind. Ueber die zweckmäßige Einleitung und Durchführung dieser Forderungen wurde weiter beraten.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Kriegswohlfahrtspflege und die arbeitslosen Tabakarbeiter. Die den Arbeiterorganisationen angelegte Unterstützung bezüglich der durch die Kontingentierung des Tabaks arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, ist leider nur eine sehr mangelhafte geblieben, da die Gemeinden sich vielfach absehnend verhalten, teils weil sie nicht genügend Mittel zu haben behaupten, teils weil sie über die Vorschriften nicht genügend unterrichtet sind. Wohl könnten zahlreiche Arbeitskräfte in andern Industrien untergebracht werden, für die natürlich keine Entschädigung verlangt werden könne. Andererseits aber gebe es zahlreiche Arbeitskräfte, die anderswo nicht untergebracht werden könnten und deshalb unter die Kriegswohlfahrtspflege fallen. Die angeführten Unterstellungen seien vielfach zu niedrig, weil sie nach den Sätzen des Jahres 1915 gezahlt werden, bei denen die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse nicht berücksichtigt werden. Notwendig sei, daß auf die Gemeindeverwaltungen, in denen die Haupthindernisse für eine ausreichende Unterstützung zu suchen sind, mehr Einfluß ausgeübt werde. Aber auch eine Sammlung und Zusammenfassung des vorhandenen Materials sei notwendig, um bei der Regierung vorstellig werden zu können.

Unbedingt müsse den arbeitslos werdenden Tabakarbeitern, soweit sie nicht in andern Berufen arbeiten können und als berufstätig gelten, das gewährt werden, was ihnen zugesichert worden ist.

Auch dieses Referat fand allseitige Zustimmung und wurde ergänzt durch Schilderungen aus den verschiedensten Industrieorten. Die von den Referenten gemachten Vorschläge wurden allgemein gebilligt. Darauf wurde die Tagung geschlossen mit dem Wunsche, daß die Beschlüsse recht bald zur Anerkennung gebracht werden könnten. Die Lage der Tabakarbeiterchaft fordert das angesichts der unerträglichen Teuerungszustände. Selbstverständlich wurde auch betont, daß die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen sich selbst helfen müssen, durch Anschluß an die Organisationsvereine imstande sind, eine durchgreifende Verbesserung durchzusetzen.

**Vorbewegung der Tabakarbeiter.** Die drei Tabakarbeiterverbände haben in Verfolg der auf der Frankfurter Konferenz gefassten Beschlüsse an die Unternehmerverbände in der Tabakindustrie eine Eingabe gerichtet, in der eine Erhöhung der während des Krieges gemachten Zulagen auf 60 v. S. gefordert wird. Zugleich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die bisher als Teuerungszulagen bewilligten Zulagen spätestens nach Kriegsende in feste Lohnzulagen umgewandelt werden möchten. Zur Begründung dieser Forderung wird in der Eingabe angeführt, daß nach den Feststellungen der Tabakarbeitervereine der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters in der Tabakindustrie im Jahre 1913 674 Mk. und im Jahre 1916 778 Mk. betragen habe. Der Durchschnittslohn sei demnach in den drei Jahren nur um 104 Mk. jährlich oder um 34 Pfa. pro Arbeitstag gestiegen. Das sei eine Steigerung von 4 v. S. Zwar sei durch die letzte, im Frühjahr d. J. bewilligte Erhöhung der Zulagen eine Steigerung der Affordlöhne einetreten, die aber in vielen Fällen eine Steigerung des Verdienstes nicht herbeigeführt hätte. Die Folgen des Mangels an geeignetem Rohstoff und der vorgenommenen Kontingenterung der Tabakproduktion hätten dazu geführt, daß nicht wenige Arbeiter trotz der bisher bewilligten Zulagen heute nicht einmal mehr das verdienten, was sie vor dem Kriege verdient hätten. Aber selbst wenn man annähme, daß der Verdienst durch die letzte Bewilligung eine weitere Steigerung von 10 bis 15 v. S. erfahren habe, so genüge die Gesamterlöshöhe von 25 bis 30 v. S. gegenüber dem letzten Friedensjahre keineswegs.

In der Eingabe wird dann weiter auf die Preissteigerungen fast aller Lebens- und Kulturbedürfnisse hingewiesen, die besonders in den letzten 6 Monaten eingetreten sind. Da die Tabakarbeiter keine Vorräte an Kleidung, Schuhen usw. hätten und so trotz der größten Einschränkung auf das Kaufen dieser Sachen angewiesen seien, würde die Preissteigerung um so härter für sie. Die notwendigen Anschaffungen könnten von einem großen Teil der Tabakarbeiterchaft gar nicht bestritten werden, da ihr Verdienst in vielen Fällen nicht einmal für den Kauf der rationierten Lebensmittel ausreichte. Weiter wird auf das Ergebnis einer Erhebung des Kaiserlich Statistischen Amtes hingewiesen, wodurch festgestellt wurde, daß der durchschnittliche Tagesverdienst von Arbeitern in mehreren andern Gewerbegruppen schon im September 1916 eine viel höhere Steigerung erfahren hätte, als sie bis jetzt für die Tabakarbeiter eingetreten sei. Die Erfüllung der ältesten Forderung sei auch möglich. Wenn man einen durchschnittlichen Friedensaffordlohn für Zigarren von 10 Mk. für das Tausend zugrunde lege, so bedinge die gewünschte Erhöhung einmündlich der bisher bewilligten Zulagen nur eine Preissteigerung von 20 Pfa. für das Tausend oder 0,6 Pfa. für die einzelne Zigarre. Die zweite Forderung wird damit geründet, daß die Preise für die notwendigen Lebensmittel und der sonstigen Bedarfartikel nach dem Kriege auf ihren früheren Stand wohl kaum zurückzuführen würden. Die Preise für die Tabakprodukte seien so gering, daß eine dauernde Aufhebung der Zulagen auch für die Zukunft möglich sei. Zum Schluß werden die Unternehmerverbände gebeten, zu den Forderungen der Arbeiter möglichst bald Stellung zu nehmen.

In Anbetracht der wirklich geringen Löhne der Tabakarbeiter wäre es zu wünschen, wenn die Tabakindustriellen die Forderungen der Arbeiter erfüllen und auch eine dauernde Aufbesserung der Löhne herbeiführen würden.

**Uebergangswirtschaft in Bayern.** Auf Anregung des Landtages hat die bayerische Regierung eine Umfrage bei Behörden und verschiedenen wirtschaftlichen Verbänden veranstaltet, um eine Unterlage für die Beurteilung der Frage zu gewinnen, ob und in welchem Umfang in Bayern mit einer Arbeitslosigkeit bei Friedensschluß zu rechnen sein dürfte. Ueber das Ergebnis dieser Umfrage und die von der Regierung geplanten Maßnahmen hat nun kürzlich der Staatsminister von Preitreich im bayerischen Landtage ausführlich Bericht erstattet. Dabei betonte der Minister, daß man in bezug auf die Lage des Arbeitsmarktes auf Mutmaßungen angewiesen sei. Viel läge auf die Jahreszeit und die Art des Friedens, der zu erringen möglich ist, an. Doch seien alle Gutachter der Lage hoffnungsvoll an. Die Landwirtschaft wird viel stärker brauchen, ebenso Handel, Industrie und Gewerbe, da weite Strecken infolge der Teuerung und aus Mangel an Arbeitskräften ruhestandhaft seien sowie Ausbesserungs- und Wiederherstellungsarbeiten zu verrichten müßten. Schwierigkeiten werden jedoch lediglich durch Rohstoffmangel entstehen, ferner dadurch, daß für Ausbesserungsarbeiten die Arbeitskräfte zunächst fehlen. Die für Bayern gehörigen Sachverhältnisse plaudern daher nicht an eine allgemeine Arbeitslosigkeit; nur für einzelne Orte wird eine solche unter Umständen befürchtet (z. B. für München und Rosenheim, für die Schuhindustrie in Firmasens, für einige Mittelpunkte der Webstoffindustrie sowie der Ausbesserungs- und Verfeinerungsindustrie).

Als eine wichtige Maßnahme gegen eine Arbeitslosigkeit nach dem Kriege wies der Minister darauf hin, daß der Demobilisierungsplan voraussichtlich nicht nur den militärischen, sondern auch den wirtschaftlichen Gesichtspunkten Rechnung tragen würde. Außerdem würden Seereschiffe, die für die Kriegszeit in Dienst waren, nach dem Kriege wieder in den zivilen Dienst überführt werden können und dabei Gelegenheit erhalten, sich unter Fortziehung ihrer Löhne und bei Gewährung von freier Fahrt nach Arbeit umzuwandeln. Der Hauptanteil an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird den Arbeitsnachweiserinnen zufallen. Der Minister wies dabei auf die in Bayern getroffenen Maßnahmen hin. Auch die Bereitstellung von Arbeit ist durch das bayerische Staatsministerium angeordnet oder selbst vorgenommen worden. So stehen seitens der Kreisgemeinden bereits Arbeiten im Werte von über 50 Millionen Mark bereit, seitens des Staates Arbeiten im Werte von 23 Millionen, seitens der Verkehrsverwaltung 65 Millionen, seitens der bayerischen Seereschiffverwaltung 59 Millionen. Im ganzen sind schon jetzt Arbeiten im Wert von mehr als 170 Millionen in Aussicht genommen.

Trotz all dieser Maßnahmen dürfte eine Arbeitslosenfürsorge nicht zu entbehren sein. Diese Regelung müsse einheitlich für das Reich erfolgen. Eine gewisse Arbeitslosenfürsorge würde auch schon darin liegen, den Kriegseinsatznehmern für eine gewisse Zeit nach der Entlassung sowohl ihre Bezüge wie die Familienunterstützung für ihre Angehörigen zu belassen; die Reichsleitung sei zurzeit mit der Prüfung dieser Frage beschäftigt.

**Die Löhne der Arbeiter bilden nach wie vor den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen in der Presse.** In der Fachpresse der Arbeiterschaft nicht nur, sondern auch durch amtliche Erhebungen ist wiederholt festgestellt worden, daß die im Kriege erzielte Steigerung der Löhne keineswegs Schritt gehalten hat mit der ungeheuren Verteuerung der Lebensmittel und der unentbehrlichen Bedarfsgegenstände. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß vereinzelte Arbeiter ungewöhnlich hohe Verdienste erzielen. Im allgemeinen ist keine wirtschaftliche Verbesserung der Lage der Arbeiter, sondern vielmehr eine Verschlechterung zu verzeichnen. In Friedenszeiten stand sich die über große Mehrzahl mit niedrigeren Löhnen erheblich besser als jetzt mit den höheren.

Von einem bestimmten Teil der Unternehmerpresse wird dies bestritten. In diesen Kreisen macht man sich denn auch jetzt schon Kopfschmerzen darüber, wie es mit den Arbeiterlöhnen nach dem Kriege werden wird. Da hat vor einiger Zeit der bekannte gewerkschaftliche Schriftsteller Janßon einen Artikel veröffentlicht, der u. a. folgende Sätze enthält:

„Darüber darf schon heute kein Zweifel gelassen werden, daß die Gewerkschaften gar nicht daran denken, sich ohne weiteres von den Unternehmerverbänden diktieren zu lassen. Die Forderungen der Löhne gefallen zu lassen, daß sich heute keine Normen für den Stand der Löhne nach dem

Kriege aufstellen lassen, ist klar. Die Kriegslöhne einzelner Spezialarbeitergruppen sind ebensowenig typisch für die Entlohnung der Gesamtarbeiterschaft im Kriege, wie sie maßgebend sein könnten für die Lohnhöhe nach dem Kriege. Aber, und darauf kommt es an, die Kosten für den Lebensunterhalt der Arbeiter werden nach dem Kriege enorm hoch sein, weil der Warenmangel und damit die hohen Preise, noch lange andauern wird, und weil andererseits auch der schlechte Wollzustand anormal hohe Preise für alle eingeführten Waren verursachen wird. Auf die Lebensunterhaltungskosten muß aber bei der Festsetzung der Löhne in erster Linie Rücksicht genommen werden und die Arbeiterschaft wird darüber hinaus selbstverständlich darnach streben, ihre Lebenslage zu heben und sie nicht herunterdrücken zu lassen.“

Nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern bei allen objektiv urteilenden Menschen werden diese verständigen Ansichten auf Zustimmung rechnen können. Der Grundlag, daß die Entlohnung mit den Kosten der Lebenshaltung in einem gewissen Einklang stehen muß, sollte für jedes denkende Gehirn selbstverständlich sein. Anders die „Arbeitgeberzeitung“. Im Anschluß an das oben angeführte Zitat mahnt sie die Unternehmer auf der Hut zu sein. Sie möchte so bald wie möglich den stärksten Druck auf die Löhne ausüben. Nun, die Arbeiter werden ihr die Antwort nicht schuldig bleiben. Sie werden hoffentlich aus solchen Scharfmachereien die Lehre ziehen, daß es notwendig ist, noch mehr als bisher auf die Stärkung der Organisation bedacht zu sein, die allein allen Bestrebungen auf Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter einen starken Damm entgegenzusetzen kann.

**Salbe Arbeit.** Die von weiten Kreisen an der Lebensmittelbewirtschaftung des Reiches geübte Kritik ist sicherlich zu einem großen Teile berechtigt, und namentlich der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat unermüdet und zielbewußt auf verkehrte Maßnahmen der maßgebenden Stellen hingewiesen. Es ist hierbei zu beachten, daß diese Kritik nicht den Grundgedanken der öffentlichen Ernährungspolitik an sich treffen soll; denn es kann für jeden praktischen Volkswirt gar keinem Zweifel unterliegen, daß in dem „geschlossenen Staate“ — als ein solcher charakterisiert sich zur Zeit das Deutsche Reich, — bei Bestehen des freien Handels wegen des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage geradezu unerträgliche Zustände Platz gegriffen haben würden. Die Allgemeinheit des Volkes wäre der Unproduktion, der sinnlosen Industrie, dem Groß-, Klein und Kommissionshandel auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und die Folge wäre unfehlbar ein unheilvoller Wechsel im Besitze des allgemeinen Zahlungsmittels, des Geldes, das um so stärker aus den Taschen der Konsumenten in diejenigen der allfälligen Warenbesitzer fließen müßte. Von ihnen all in Wahrheit der lateinische Spruch beati possidentis, d. h. glücklich sind die im Besitze (irgend eines Wertes, hier der Waren!) Befindlichen! Die Kritik hat sich gegen die meist vollkommenen und unzulängliche Durchführung des zur Zeit allein richtigen staatssozialistischen Prinzips zu richten. Teils sind es organisierte, teils unorganisierte, die zu rügen sind und in der Hauptfrage darauf beruhen, daß man sich „oben“ nicht mit den richtigen Beratern, d. h. unabhängigen bzw. in Reichsdienste genommenen, auf kein Sonderfach eingeschworenen kaufmännischen Organisationsangehörigen hat; z. B. spielt Manasse an Borussia sich eine Rolle, indem man nicht genügend beachtet, welche Folgen die staatliche Erstattung eines bestimmten Artikels auf die Vertriebs- und Preisbildungsverhältnisse für ähnliche Waren haben muß, so daß man dazu gelangt, nicht „ganze Arbeit“ zu machen.

Bei Fleisch und Milch hat man die Ziege außer Betracht gelassen, trotzdem es nahe lag, daß sich die Zahl dieser Tiere erheblich vermehren und bald ein schwungvoller Bacher mit den Produkten der Ziegenzucht einsetzen würde. So konnte es kommen, daß jetzt in den größeren Städten ein Liter Ziegenmilch mit 1 Mk., ein Pfund Ziegenfleisch mit 4,50 Mk. — (Keule sofar mit 5 Mk.) — bezahlt werden muß!

Ähnlich liegen die Dinge, um ein ganz anderes Gebiet herauszugreifen, mit Zückerungsmitteln. Man hat „oben“ gar nicht daran gedacht, daß bei dem Verschwinden der Gewürze schließlich neben dem Salz auch der Essig und seine Erzeugnisse (Zitronen- und Weinsäure) knapp werden müßten. Essig ist gar nicht mehr zu haben, daher haben die Groß- und Kleindrogerien leichtes Spiel, welche „in weiser Voraussicht“ große Mengen Zitronen- und Weinsäure „eingeparkt“ haben. Eine plötzliche Revision dieser Läger würde große Mengen der genannten kristallinen Stoffe zu Tage fördern und sollte unverzüglich angeordnet werden,

damit die Hausfrauen, die heute vielfach nicht wissen, wie sie Salate, rote Rüben, Koffohl usw. schmackhaft zubereiten sollen, aus der Verlegenheit kommen. Natürlich ist auch die unausgefüllte scharfe öffentliche Bewirtschaftung der Essigsfabrikation unerlässlich. Das sind nur einige Beispiele dafür, daß der immer mehr steigenden Not der Konsumenten nur abgeholfen werden kann, wenn man sich nicht mehr damit begnügt, „halbe Arbeit“ zu machen.

**Eine unübertrifflene „Zindigkeit“.** Die Einführung in der Bevölkerung über das Verkaufsverbot der Schönen wird jetzt damit zu beschwichtigen gesucht, daß das Verbot „nur zum Besten der Verbraucher“ erlassen sei. Mit den Schönen sei ein immenser Wucher getrieben worden. Schöner, deren realer Wert kaum 1 Pfennig für das Stück betrage, seien zum Preise von 10 bis 15 Pfennig verkauft worden. In Birnmasens, dem Hauptplatz der Leder- und Schuhfabrikation der Pfalz, seien für einen Zentner dieser minderwertigen Abfallstoffe 1400 Mk. verlangt worden, während der wahre Wert nur 120—150 Mk. betrug. Um nun die Verbraucher zu schützen, sei das Verbot erlassen worden.

Diese Begründung ist, sagen wir einmal gelinde, so kindlich, daß man sich über die Naivität nicht genug wundern kann. Ja, die „Zindigkeit“ ist so groß, daß sie wohl nicht leicht übertrifft zu werden vermag. Wir fragen angeichts dessen: Sält man das Volk denn für so einfältig, daß es derartige Ausreden für bare Münze hinnehmen wird? Wahrscheinlich, es stände taurig um unser Volk, wenn es nicht weiter denken könnte. Das primitive Gehirn wird ohne weiteres folgern, daß, um dem Lebensmittelmucher zu steuern, nach dem vorliegenden Rezept alle Verkäufe von Nahrungsmitteln verboten werden müßten. Die Folgen einer solchen Maßnahme sind gar nicht auszumalen. Wenn die maßgebenden Personen kein anderes Mittel als das angewandte zur Bekämpfung des Wuchers wissen, so ist es die höchste Zeit, daß sie von der Bildfläche verschwinden. Im übrigen ist der wahre Grund des Verkaufsverbots ein ganz anderer als der vorgeschickte. Wir haben ihn neulich schon genannt. Es handelt sich um den Schutz der Interessen der Schuhmacher. Oder bekommen die Schuhmacher die Schönen zu einem annehmbaren mäßigen Preise und sind sie infolge dessen in der Lage, die Verbraucher reell bedienen zu können? Durchaus nicht. Man möge deshalb auch nicht mit solchen Ausreden kommen. Statt dessen ist es höchste Zeit, daß energisch in das Wespennest der Wucherer hineingegriffen wird. Redereien sind wertlos.

**Eine tatkräftige Wohnungsfürsorge** läßt sich die Stadt Breslau anlegen sein. Auf eine Umfrage an eine Reihe schlesischer Städte und Landgemeinden über die Kleinwohnungsfrage, Kriegesiedlungen und Schrebergärten hat der Breslauer Magistrat geantwortet:

„Die Frage des Kleinwohnungsbaues ist hierin einer von beiden städtischen Körperschaften eingesetzten gemischten Kommission und in einem vom Magistrat gemäßigten Ausschusse bereits eingehend erörtert worden. Beabsichtigt wird, den Kleinwohnungsbaue durch Abänderung der Grundzüge über Aufstellung der Fluchtlinienpläne, durch hauptsächlichliche Erleichterungen und durch Herabsetzung der öffentlichen Abgaben zu fördern. Preiswertes, zum Kleinwohnungsbaue geeignetes Land soll durch Eingemeindungen noch nicht ausgeschlossener Gebiete, durch Herstellung guter und billiger Verbindungen zwischen ihnen und den anderen Stadtgebieten sowie dadurch gewonnen werden, daß für solche Gebiete nur die Erbauung kleiner und mittelgroßer Häuser zugelassen wird. Vor allem verpfehlen wir uns eine Förderung des Kleinwohnungsbaues durch wirtschaftliche Unterstützung der Bautätigkeit, weil der Kleinwohnungsbaue ganz besonders unter dem Mangel an Geld und Kredit leidet. Abhilfe soll hier durch Vereinbarungen mit der städtischen Sparkasse, mit Hypothekendarlehen und Versicherungsanstalten über Gewährung erster und zweiter Hypotheken unter Bürgschaft der Stadt geschaffen werden. Ueber die vorgeschlagenen Maßnahmen, die in einer Denkschrift, deren Veröffentlichung wir aber vorläufig nicht für geboten halten, niedergelegt sind, werden sich die städtischen Körperschaften in nächster Zeit beschäftigen. Für Kriegesiedlungen sind Maßnahmen hier gleichfalls geplant. Es besteht die Absicht, günstig gelegenes städtisches Outskuland für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Die Schrebergärten werden in diesem Jahre mit dem besten Gartenverwaltung nach bestimmten Bestimmungen seit Jahren geföhrt. Es befinden sich jetzt sechs große Schrebergartenanlagen, die je über 50 Hektar zu je 200 bis 800 Quadratmeter in den zur Zeit vorhandenen Kleinwohnungsanlagen genügen viele nicht den gesundheitlichen Vorschriften. Befundene Kleinwohnungs sind nur in beschränkter Zahl vorhanden, die dem Bedarfe nicht entspricht.“

Jedenfalls zeigen diese Maßnahmen daß man sich in Breslau des Ernstes der Lage bewußt und auch gewillt ist, Abhilfe zu schaffen. Das muß

aber schnelligst geschehen. Vor allen Dingen aber wäre zu wünschen, daß alle andern Gemeinden, insbesondere die großen, diesem Beispiele recht bald nachfolgen.

### Umtlicher Teil.

#### Ortsverbandkonferenz in Hagen!

Die Teilnehmer an der zum 9. Dezember nach Hagen i. W. einberufenen Ortsverbandskonferenz werden hiermit nochmals besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Konferenz nicht im Kaiserpal, sondern im

Restaurant Schöne, Kölnerstr. 1, direkt am Bahnhof, stattfindet.

Mit Gewerkevereinsgruß!  
Der geschäftsführende Ausschuß:  
Leonore Lewin.

### Aus dem Verbands.

**Berlin.** Die 504. Veranstaltung des Vereins für Volks-Unterhaltung findet am Sonntag, den 2. Dezember, nach 2 Uhr im Deutschen Opernhaus, Charlottenburg, statt. Zur Aufführung gelangt: Die lustigen Weiber von Windsor. Romische Oper in 5 Akten von Otto Nicolai. Regie nach Safespeare von S. F. Mosenthal.

**Hamm i. B.** Der Ortsverband hatte seine Mitglieder am Sonntag, den 18. November, zu einer Versammlung eingeladen, die überaus zahlreich besetzt war. Der Vorsitzende, Kollege Hügelbaul eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache, in der er hinhilte auf den Ernst der Zeit, besonders für die Arbeiterchaft, und daß alles darauf antomme, die Not, die uns durch den Mangel an Nahrungsmitteln und Kleidung auferlegt ist, zu überwinden bis zum glücklichen Ende des Krieges. Als Redner war der stellv. Stadtverordneten-Vorsteher Herz genannt, der seinem Vortrag das Thema: „Wofür kämpfen wir?“ zugrunde gelegt hatte. In eingehender Weise schilderte der Redner zunächst die Gründe, die zum Weltkrieg geführt haben. Während wir harmlos unser „Deutschland, Deutschland über alles“ in die Lüste schmättern, hätten die übrigen europäischen Mächte das neue Deutsche Reich nur mit Mißbehagen heranzusehen und sich entwickeln sehen. Als aber das Reich angefangen habe, Weltpolitik zu treiben, sei dieses Mißbehagen zu offener Gegnerschaft geworden, und Edward VII. habe es schließlich fertig gebracht, unsere offenen und bescheidenen Gegner in der sogenannten Entente cordiale zu vereinen. In dem Augenblick, wo der deutsche Weltmarkt im Begriff gewesen sei, den englischen zu überflügeln, habe er französische Rachepläne und russische Großmachtpläne dazu benutzt, den Ring seiner Einflugschloß zu schließen, um Deutschland mit einem Schloße der Vernichtung preiszugeben. Wir kämpfen also nicht nur um unsere Marktstellung, sondern in Wahrheit um unsere wirtschaftliche Existenz. Redner erläuterte dann, daß der deutsche Weltmarkt hauptsächlich in der Veredelungsindustrie bestanden habe, daß Deutschland also gewissermaßen die Intelligenz seiner Arbeiterchaft auf den Weltmarkt gebracht habe. Werde dieser Weltmarkt getrümmert, so werde auch der deutsche Arbeiter in bezug auf Arbeitsgelegenheit, Verdienstmöglichkeit und kulturellen Aufstieg wieder um 50 Jahre zurückgeschleudert, und das alte Auswandererfieber werde wiederkehren. Redner ging dann über zur Erörterung der Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juni, die keinewegs einen Verständigen gewollt habe, sondern gerade mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Neuanfrischung der zerrissenen Beziehungen zur gesamten Welt einen Frieden der Verschäbung. Die Resolution habe die reaktionären Elemente sofort aus dem Plan gerufen, um die fortschrittlichen Reformen in Reich und Preußen zu verhindern. Sie hätten zu diesem Zweck schließlich die „Vaterlandspartei“ gegründet. Nach Ansicht des Redners bedurfte es der Gründung einer neuen Partei nicht. Zur Vaterlandspartei gehören heute alle. Die wahre Vaterlandspartei sei gegründet am 4. August 1911, als der Kaiser erklärt habe, er lenne nur noch Deutsche und keine Parteien mehr. Nachdem der Redner noch mit kräftigen Worten aufgefordert hatte, durchzuhalten, keine Unannehmlichkeiten und Mißbilligkeiten mit Würde zu ertragen und immer an das zu denken, was von unseren herrlichen Truppen trotz häufiger Entbehrungen noch in jüngster Zeit in Ruhland und Italien geleistet worden sei, schloß er seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. An den Vortrag knüpfte sich eine äußerst anregende Diskussion, in welcher auch die Ernährungsfrage innerhalb der Stadt Hamm lebhaft erörtert wurde. Stadt. Herz gab Auskunft über eine Reihe Fragen, die die Versorgung mit Gemüse, Kartoffeln, Leinwand, Schuhsohlen usw. betrafen, und von der Versammlung mit Beifall entgegen genommen wurden.

**Stolz i. Bomm.** In einer am 18. November im Verbandstokal abgehaltenen öffentlichen Gewerkevereinsversammlung, zu welcher Angehörige aller Berufs-

Organisationen und Verbände mit ihren Frauen eingeladen und auch zahlreich erschienen waren, hielt unser Gewerkevereinskollege Fall, der als Beisitzer dem hier am Ort gegründeten Mietsvereinsamt angehört, einen Vortrag über die Aufgaben des Mietsvereinsamtes. Redner erörterte sich seiner Aufgabe in sachlicher und gründlicher Weise. Wohl keine Verfügung, so etwa führte er aus, die vom Bundesrat oder einer anderen Behörde in dieser schweren Kriegszeit erlassen ist, hat bei den unteren Schichten der Bevölkerung soviel Sympathie hervorgerufen wie die Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 28. Juli d. J., die die Einführung von Mietsvereinsämtern verlangt, und deren Inkrafttreten für Anfang August verkündet wurde. Hier in Stolz war auf Veranlassung der Stadtverordneten schon vor Bekanntgabe dieser Verordnung mit Genehmigung der Regierung ein Mietsvereinsamt in Tätigkeit, welches seit seinem Bestehen bis Ende September etwa 93 Fälle verhandelt hat, die mit wenigen Ausnahmen zugunsten der Mieter entschieden sind. Redner erläuterte nun eingehend die einzelnen Paragraphen über das Verfahren vor dem Mietsvereinsamt.

Auf den Vortrag folgte eine recht roge Aussprache an der sich wiederholt der Arbeiterfretar des obang. Arbeitervereins, Herr Plemer, beteiligte. Dieser, ebenfalls Beisitzer bei dem Mietsvereinsamt, schilderte einige drastische Fälle und stellte in seinen weiteren Ausführungen den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, für den Bau gesunder Kleinwohnungen Sorge zu tragen, damit für die aus dem jetzigen Kleinrenten bei Kriegesluß Kleinwohnungen vorhanden sind, und damit die heranwachsende Jugend in gesunden Wohnungen als ein gesundes Geschlecht heranwächst.

Am Schluß der Versammlung wurde von den anwesenden Leitern der verschiedenen Organisationen beschlossen, in nächster Zeit eine Zusammenkunft der Vorstände zu veranstalten, um eine gemeinsame Einmache an den Magistrat und die Stadtverordneten auszuarbeiten, welche diese ersuchen soll, schon jetzt Vorkehrungen zu treffen, um dem Mangel an Kleinwohnungen, der hier am Orte jetzt schon herrscht, durch schnelle Abhilfemaßnahmen entgegenzutreten.

Zeit, Ortsverbandsführer.

### Versammlungen.

**Berlin.** Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereinsverbandsbaus der Deutschen Gewerkevereine (D.-D.) jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, 5. Dez., ab 8 1/2 Uhr. — Konfirmandenverein Groß-Berlin (O.-D.) II (O.-D.) Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im „Sport-Restaurant, Dittelsdenkstr. 1. Die beiden anderen Diensttage Sitzung, Lübbowstraße 98 bei Geracht. — Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Sonntag, 1. Dezember, abends 8—10 Jagelabend, Nordwest-Casino, Alt-Moabit 56.

### Anzeigen-Teil.

**Empfehlenswerte Broschüren vom Verbandsbüro, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-28, zu beziehen:**  
**Berechtigter für das Deutsche Reich von Karl Goldschmidt.** Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pfg., 6 Stück kosten 1,00 Mk., 12 Stück 1,80 Mk.  
**Regalen des Arbeitsrechts von A. Gifler.** Preis 4,80 Mk.  
**Neubau des Arbeitsrechts von Friedr. Kaufmann.** Preis 3 Mk.  
**Reform des Arbeitsrechts von Dr. Fleisch.** Preis 20 Pfg.  
**Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis von R. Schumacher.** Preis 10 Pfg.  
**Die Unfallversicherung von Anton Greleng.** Preis 30 Pfg.  
**Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland.**  
1. Teil: „Koalitionsrecht und Streikrecht“. Von Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform. Preis 1,— Mk.  
2. Teil: „Das Koalitionsrecht und die strafrechtlichen Neben- und Folgegesetze“. Preis 80 Pfg.  
3. Teil: „Das Koalitionsrecht und das Gewerbe- und Landarbeitrecht“. Preis 60 Pfg.  
**Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst, mit Ausführungsbestimmungen und Rechtsbelehrungen.** Preis 25 Pfg.  
**Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von R. Lewin.** Preis 30 Pfg.  
**Die Krankenversicherung von Karl Goldschmidt.** Preis 30 Pfg.  
**Tätigkeitsbericht für die Jahre 1913 bis 1915,** erstattet vom Verbandssekretär Leonore Lewin.  
**Weltausstellung und Arbeiterbewegung von Karl Goldschmidt.** Preis 10 Pfg.  
**Die Frauarbeit in und nach dem Kriege.**  
a) In der Industrie. Von Gustav Hartmann.  
b) In der Heimarbeit. Von Dr. Käthe Gabel.  
**Was soll geschehen? Winke für die Agitatoren von Alfred Gieseler.** Duisburg.  
**Wie wird für die Angehörigen unserer Krieger gesorgt?** von Fischbacher, Rednungsrat im Preussischen Kriegsministerium. Preis 20 Pfg.  
**Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie von E. Gleichauf.** Preis 10 Pfg.